



**FAMILIEN
IN DER
KRISE**

Initiative „Familien in der Krise“
<https://www.familieninderkrise.com>



KINDER brauchen KINDER:
Petition

Initiative „Kinder brauchen Kinder“
<https://kinderbrauchenkinder-petition.de>

13. Dezember 2020

Familieninitiativen: Warum es keine Wiederholung von Lockdown 1 geben darf

Entgegen aller Versprechungen sind mit den heutigen Beschlüssen nun doch flächendeckende Schließungen von Bildungseinrichtungen möglich und in Sachsen und Bayern bereits Realität. Die Initiativen „Familien in der Krise“ und „Kinder brauchen Kinder“ appellieren an die Politik, die Situation von Familien und Kindern nicht aus den Augen zu verlieren und fordern, die Schließungen einmalig und zeitlich zu begrenzen. Keinesfalls dürfen Maßnahmen an Kitas und Schulen über den 10. Januar hinaus verlängert werden.

Das Infektionsgeschehen macht weitere Einschränkungen unausweichlich. "Wir unterstützen, dass alle einen angemessenen Beitrag im Kampf gegen CoVID-19 leisten müssen. Aber es muss klar gesagt werden, dass viele Kinder und Familien keinen weiteren Beitrag mehr tragen können", so Stephanie Schläfer von "Kinder brauchen Kinder". "Wir begrüßen, dass die Länder die Möglichkeit haben, von Schließungen bei KiTas und Schulen abzusehen. Darüber hinaus appellieren wir an alle Ministerpräsident:innen, die Situation von Familien, Kindern und Jugendlichen im Blick zu behalten und deshalb Kitas und Schulen offen zu halten."

Familien und Kinder leisten seit Beginn der Pandemie ihren Beitrag

Das kurzzeitige Aussetzen der Präsenzpflcht kann Kontakte reduzieren und ist ein guter Weg, besonders gefährdeten Familien die Möglichkeit zu geben, auf ihre individuelle Situation einzugehen. Damit leisten Familien und Kinder einen solidarischen Beitrag zur Senkung der Neuinfektionen in der Gesamtbevölkerung. Die Kultusministerien müssen aber sicherstellen, dass das Distanzlernen im Zeitraum bis zum 10. Januar nicht nur ein Angebot ist, sondern verpflichtend stattfindet.

Schulen und Kitas sind keine Pandemietreiber

Alle von der Politik in den verschiedenen Bundesländern in Auftrag gegebenen Studien zeigen, dass gerade Kitas und Schulen bei der Verbreitung des Virus nur eine sehr untergeordnete Rolle spielen. Dies zeigt auch die vom Robert Koch-Institut und dem Deutschen Jugendinstitut durchgeführte Corona-Kita-Studie. "Die Politik muss endlich die von ihnen selbst in Auftrag gegebenen Studien nutzen", so Zarah Abendschön-Sawall von "Familien in der Krise". Länder wie Irland oder Frankreich zeigen, dass die Infektionszahlen auch bei offenen Bildungseinrichtungen im Präsenzbetrieb erheblich gesenkt werden können.

"Ganz anders ist die Situation in Pflegeheimen. Wir sind daher froh, dass im Rahmen der neu beschlossenen Maßnahmen ein Fokus auf den Schutz der Bewohner:innen, also unserer Eltern oder Großeltern, gelegt wird", sagt Zarah Abendschön-Sawall von

Familien in der Krise. Wirksamer als die bisherige Isolation der ältesten Familienmitglieder ist sicher, die anvisierten regelmäßigen Testungen nun zügig umzusetzen.

Alle Kinder sind systemrelevant und haben ein Recht auf Bildung und Betreuung

Wir begrüßen, dass eine Notbetreuung sichergestellt wird. Diese muss aber für alle Kinder angeboten werden, unabhängig von Beruf oder Urlaubsanspruch der Eltern. Außerdem darf dies nicht ein reines Betreuungsangebot sein: Kinder, die in diese Betreuung gehen, müssen dort auch beschult und gefördert werden. Ein Bedarf muss sich an den Bedürfnissen von Kindern und Familien orientieren und darf nicht rein nach Systemrelevanz entschieden werden. "Hier möchten wir ausdrücklich den Weg der NRW-Landesregierung begrüßen", so Heike Riedmann von der Initiative "Familien in der Krise". Dieser sieht vor, dass alle Eltern, die Hilfe und eine Betreuung brauchen, und Kinder entsprechend ihrer Bedürfnisse diese auch bekommen und schließt ausdrücklich private Gründe ein. Dem Satz "Kein Kind darf durch diesen Lockdown Schaden nehmen." können wir uns nur anschließen, so Heike Riedmann.

Kinder, Jugendliche und deren Familien brauchen verbindliche Öffnungszusagen

Die kommenden vier Wochen müssen genutzt werden, um Konzepte für die Wiederaufnahme des vollständigen Kita- und Schulbetriebs umzusetzen. Zahlreiche Vorschläge zur Umsetzung liegen der Politik seit Monaten vor. Beispielsweise eine Entzerrung des Schulbeginns und die Entlastung des öffentlichen Nahverkehrs, der Einsatz von Lehramtsstudent:innen oder eine Schnelltest-Strategie an Schulen.

Eine Situation wie im Frühjahr dieses Jahres, als Schulen und Kitas erst lange nach Einzelhandel und Freizeit- und Vergnügungseinrichtungen wieder ganz geöffnet wurden, darf sich nicht wiederholen. Keinesfalls dürfen Maßnahmen an Kitas und Schulen über den 10. Januar hinaus verlängert werden. Bildung ist nicht nur ein Grundrecht, es ist auch die Pflicht der Politik, diese für alle Kinder und Jugendlichen im gleichen Maße chancengerecht sicherzustellen.